

Wir sind dagegen!

10.03. Proteste vor dem Landtag

Am 10. März findet die Landtagsitzung statt, bei der der neue Haushalt beschlossen werden soll, deshalb rufen verschiedene Vereine und auch der Jugendverband und DIE LINKE auf, sich an den Protesten vor dem Landtag zu beteiligen und somit alles zu versuchen, diese Kürzungen abzuwenden.

Sitzung Landesjugendhilfeausschuss am 05.03.2010 in Dresden von 10-12 Uhr im Kulturrathaus auf der Königsstraße in Dresden.

Diese Regierung ist kinder- und jugendfeindlich!

Es ist ein Skandal, dass die Jugendpauschale um ein Drittel auf 10,40 Euro pro Einwohner_in unter 27 Jahren gekürzt werden soll. Nicht, dass die Jugendpauschale in den letzten Jahren ausgereicht hätte um eine qualitativ hochwertige, innovative, vielfältige Jugendarbeit in den Landkreisen zu ermöglichen, aber sie war immerhin eine Sicherheit für die Träger und somit auch und gerade für die Einwohner_innen unter 27.

Durch die Projekte der schwarzen-gelben Regierung wird es noch schwieriger, in den Kommunen für neue Projekte eine Förderung zu bekommen oder diese zu erhalten.

Aber nicht nur die Jugendpauschale soll nach den Plänen der Ministerin Clauß gekürzt werden. Auch die überörtlichen Träger sollen mit 600.000 Euro weniger auskommen. Dass die Regierung ehrenamtliches Engagement fördern will, fordert sie nur auf dem Papier, denn auch die Ehrenamts-

förderung soll zwei Millionen weniger kosten. Dass auch die Stellen für ein Freiwilliges Jahr um 50% gestrichen werden, scheint da kaum zu verwundern, denn die Regierung ist in einer regelrechten Kürzungsorgie.

Jugendhilfeleistungen dürfen aber nicht durch die jeweils aktuelle Haushaltslage bestimmt werden. Jugendhilfe muss und soll immer aufgaben- und nicht ausgabenorientiert sein. Es ist unverantwortlich, die bewährten Strukturen und Angebote der Kinder- und Jugendhilfe nicht abzusichern bzw. zu fördern.

Abschließend bleibt nur ein Urteil: Diese Regierung ist kinder- und jugendfeindlich!

Nein! Zur Kürzung der Jugendhilfepauschale!

Nein! Zur Streichung von 50 Prozent der Stellen für ein freiwilliges Jahr!

Nein! Zur Kürzung der Zuschüsse für überörtliche Träger!